

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe C13, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adometz

---

19. Februar 1952

Blatt 231

Gesperrt bis 19 Uhr

Die Gemeinwirtschaft eine Voraussetzung der Gesamtwirtschaft  
=====

## Enquete über Gemeinwirtschaft in Österreich

19. Februar (Rath.Korr.) Dienstag, den 19. Februar, veranstaltete der Österreichische Städtebund im Saal des Österreichischen Gewerbevereines eine Enquete, die sich mit der Gemeinwirtschaft in Österreich, ihrem Wesen und ihrer Funktion in der Gesamtwirtschaft beschäftigte. An der gut besuchten Veranstaltung, in der Vizebürgermeister Honay, Wien, und Vizebürgermeister Mitterbauer, Linz, den Vorsitz führten, nahmen neben zahlreichen Gemeindevertretern und leitenden Beamten kommunalwirtschaftlicher Unternehmungen aus ganz Österreich leitende Funktionäre der Genossenschaften aller Art, viele Direktoren verstaatlichter Betriebe sowie die Vertreter der wirtschaftlichen Ministerien, der Kammern und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes teil. Das einleitende Referat erstattete der Innsbrucker Universitätsprofessor DDr. Hans Bayer. Nachstehend folgt ein Auszug aus seinem Vortrag:

Die Erkenntnis, daß verschiedene Sektoren der Wirtschaft, die in besonderer Weise dem öffentlichen Interesse dienen, sich mehr und mehr zu einer Einheit verbinden, gewinnt stärker an Raum. Bei den Diskussionen in der Öffentlichkeit wird dabei meist nicht ganz klar, was unter Gemeinwirtschaft zu verstehen ist. Der Vortragende zitierte dazu den bekannten Fachmann auf dem Gebiet der Gemeinwirtschaft, Prof. E. Milhaud, Genf, der 1950 auf der 20. Internationalen Genossenschaftsschule in Holland die Gemeinwirtschaft folgendermaßen umschrieb:

"Die Gemeinwirtschaft, betrachtet innerhalb eines gewissen

Rahmens - lokal, regional, national oder international -, umfaßt einerseits die Gesamtheit der sozialen Charakter aufweisenden oder allgemeine Interessen verfolgenden Wirtschaftseinheiten oder Unternehmungen, die innerhalb derselben bestehen, und andererseits deren Betätigung sowie die Betätigung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, deren Ziel dahin geht, die allgemeine Wirtschaft zu lenken oder zu organisieren."

Für Österreich trifft diese Definition der Gemeinwirtschaft vor allem für folgende Sektoren zu: Kommunalwirtschaft, Genossenschaftswesen und wirtschaftliche Unternehmungen des Staates.

Wie notwendig die Errichtung gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen im Rahmen unserer Gesamtwirtschaft ist, zeigt sehr deutlich die Entwicklung der Kommunalwirtschaft. Ihre hauptsächlichste Entwicklung fällt mit dem Beginn der Industrialisierung zusammen, wo es besonders in den Städten galt, die Bevölkerung, aber auch Industrie und Gewerbe mit Elektrizität, Gas, Wasser, Verkehrsmitteln und vielem anderen zu versorgen. Sehr bald verlangte die Öffentlichkeit, daß diese Versorgungseinrichtungen nicht private Unternehmungen, die entgegen dem Wohle der Gesamtheit zuerst auf den eigenen Profit bedacht waren, weiterhin überlassen bleiben. Es war vor allem der Wiener Bürgermeister Dr. Lueger, der in richtiger Erkenntnis der Gefahr, die der Bevölkerung durch eine rücksichtslose Profitwirtschaft droht, durch die Errichtung kommunalwirtschaftlicher Unternehmungen für die Gas- und Elektrizitätserzeugung, Verkehrsunternehmungen, Versicherungen, Sparkassen usw. für viele Städte der damaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie beispielgebend wirkte. Diese Unternehmungen sind dank ihrer vorbildlichen technischen Entwicklung, ihrem weitgehenden Ausbau und ihrer guten Führung aus der Versorgungswirtschaft für die Bevölkerung wie auch für die Privatwirtschaft nicht mehr wegzudenken. Das beweist am besten das Erlahmen der gesamten Wirtschaft während des Wiederaufbaues in der Nachkriegszeit, als die kommunalen Versorgungsunternehmungen fallweise den Bedarf nicht decken konnten. Wie sehr unsere gesamte Wirtschaft bedroht wäre, wenn nicht bereits vor rund einem halben Jahrhundert die Versorgungsunternehmungen und andere in die öffentliche Hand übergeleitet worden wären, beweist, wie sehr auf einzelnen Wirtschaftsgebieten im Zuge der Konzentration in der Wirt-

schaft durch rücksichtsloses Gewinnstreben der Privatwirtschaft eine Stabilität unseres Lebens oft in Frage gestellt ist.

Die Kommunalwirtschaft hat in Österreich in den letzten Jahrzehnten eine hohe wirtschaftliche Bedeutung erlangt. Nach den Berichten der im Österreichischen Städtebund zusammengefaßten Gemeinden betreiben diese rund 500 Unternehmungen mit rund 30.000 Beschäftigten bei einem Umsatz, der bereits im Jahre 1949 2 Milliarden Schilling erreicht hat. Allein die Wiener städtischen Unternehmungen haben in diesem Jahr fast eine Viertel Milliarde investiert.

Hinsichtlich des Genossenschaftswesens verweist der Vortragende auf einen Grundzug der wirtschaftlichen Entwicklung, nämlich auf den Kampf zwischen wirtschaftlich starken und wirtschaftlich Schwachen. Die Front der wirtschaftlich Schwachen hat sich mehr und mehr verbreitert. Der Kampf bezieht sich längst nicht mehr auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es hat sich vielmehr an Stelle der Harmonie, von der Adam Smith träumte, ein Kampf aller gegen alle entwickelt. Kampf zwischen Handwerk und Handel, zwischen Handwerk und Industrie, zwischen den mächtigen Gruppen der Industrie, die in Kartelle, Trusts und ähnliche Organisationen zusammengefaßt sind, und den schwachen Außenseitern, zwischen dem Realkapital und dem Geldkapital, zwischen Managern und Eigentümer-Unternehmern. Dabei sind sich verschiedene Gruppen ihrer tatsächlichen sozialen und wirtschaftlichen Lage noch nicht voll bewußt. Neben dem Kampf zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber um höhere Löhne gilt es für die Arbeitnehmer, durch ihre Gewerkschaften immer mehr Einfluß auf die Verteilung des Sozialproduktes zu nehmen. Dabei fällt den Konsumgenossenschaften besonders bei der Einflußnahme auf den Verteilungsvorgang im kapitalistischen Wirtschaftsprozeß eine entscheidende Funktion zu. Sie haben in Österreich in einem Menschenalter eine Organisation aufgebaut, die schätzungsweise eine Million Menschen zum Teil mit eigenen Produkten versorgt.

Eine ähnliche Entwicklung im Kampf zwischen wirtschaftlich Schwach und Stark stellen wir in der Landwirtschaft fest. Auch in dieser Genossenschaftsbewegung ist in einigen Jahrzehnten eine Organisation mit über 800.000 Mitgliedern entstanden.

Diese Übereinstimmung in den Entstehungsgründen der verschie-

denen Richtungen der Genossenschaften führt zu immer engerer Verbindung zwischen diesen. Der Vortragende geht dabei auf die Tendenzen zur Zusammenarbeit zwischen Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften ein. Diese verbindenden Tendenzen greifen sogar in die internationalen Zusammenhänge über. Im Genossenschaftswesen sind Kräfte wirksam, die international die Verbindung zwischen Produktion und Konsum herstellen könnten. Eine ähnliche rasche Aufwärtsentwicklung ist bei den gewerblichen Genossenschaften festzustellen.

Hinsichtlich der Wirtschaftsbetriebe des Staates stellt Prof. Dr. Bayer fest, daß Sozialisierung und Verstaatlichung nicht dasselbe sind. Wohl ist richtig, daß Sozialisierung meist im Wege der Verstaatlichung erfolgen wird. Nicht jede Verstaatlichung ist aber auch schon Sozialisierung. Gerade deswegen, weil man sich der Gesamtzusammenhänge der Sozialisierung viel zu wenig bewußt war, haben die Sozialisierungsversuche nach dem ersten Weltkrieg nur zum Teil Erfolg gehabt.

Nach dem zweiten Weltkrieg griffen die Sozialisierungsversuche tiefer und trachteten, wenn auch nicht immer mit Erfolg, die Verbindung mit einer Politik wirtschaftlicher Koordinierung zu erreichen. Sozialisierung steht oben in engstem Zusammenhang mit dem Zug der Wirtschaftsentwicklung von der Wirtschaftsmechanik zur Wirtschaftsgestaltung.

Was für die kommunalwirtschaftlichen Unternehmungen in den Städten gilt, gilt umso mehr für die Wirtschaftsbetriebe des Staates und der Länder. Denken wir an die Verkehrsunternehmungen, Monopolbetriebe, verstaatlichten Banken und verstaatlichten Betriebe, die fast die gesamte Grundindustrie umfassen - ein Viertel des industriellen Wertschaffens Österreichs - und die vielen anderen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, so ist unschwer die Bedeutung der Gemeinwirtschaft festzustellen. Sie umfaßt als Ganzes einen beträchtlichen Teil aller Volkswirtschaften. Ihr Beitrag zum österreichischen Volkseinkommen kann mit 50 Prozent geschätzt werden.

Der Vortragende sprach dann über die Verdichtung der Beziehungen zwischen den einzelnen Teilgebieten der Gemeinwirtschaft

und über die Stellung der Gemeinwirtschaft in der heutigen Wirtschaft.

An der Tatsache der evolutionären und funktionellen Einheit der Gemeinwirtschaft besteht kein Zweifel. Sie wird noch bestätigt durch die äußeren organisatorischen Formen, in denen sie in steigendem Maße zum Ausdruck kommt. Hier erhebt sich der Einwand, ob nicht gerade diese Entwicklung eine Bedrohung der wirtschaftlichen Freiheit bedeutet. Das trifft keineswegs zu. Die Gemeinwirtschaft ist vielmehr geeignet, die Gesetze der inneren Störung und Selbstzerstörung der Wirtschaftsfreiheit zu hemmen und zu einer Sicherung sozialer und wirtschaftlicher Freiheit beizutragen.

Im Sinne des Gedankens des Economic Welfare verstehen wir unter Freiheit des einzelnen die Möglichkeit der Verwirklichung seiner eigenen Zielsetzungen nur so weit, als dies nicht im Widerspruch mit der Erreichung des Gesamtnutzens steht.

Der Vortragende spricht dann über die Gemeinwirtschaft als Instrument moderner Wirtschaftspolitik; er geht auf einige Grundzüge der modernen Wirtschaftstheorie ein, und hebt die Gemeinwirtschaft als Instrument der Wirtschaftsstabilisierung hervor. Er zitiert den Schweden B. Ohlin, welcher in Übereinstimmung mit anderen Nationalökonomien die Gemeinwirtschaft in der Unstabilität der heutigen Wirtschaft als Kern der Stabilität im ökonomischen System, besonders durch ihre Investitionstätigkeit bezeichnet. Ohlin schätzt, daß die Investitionen der Gemeinwirtschaft etwas über 50 Prozent der Investitionen der Gesamtwirtschaft ausmachen; dies trifft auch nach Schätzungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung für Österreich zu (z.B. 1950 54 Prozent, 1951 51 Prozent).

So zeigen die Erkenntnisse der modernen Theorie und die tatsächliche Entwicklung in der Wirtschaft, daß die Gemeinwirtschaft zum wichtigsten Instrument einer Wirtschaftskoordination und dynamischen Wirtschaftsstabilisierung geworden ist. Dies könnte auch für Österreich gelten. Es wäre von entscheidender Wichtigkeit, dieses Instrument entsprechend zu gestalten und für die Durchsetzung eines Wirtschafts- und Sozialprogrammes einzusetzen. Mit Hilfe des gemeinwirtschaftlichen Sektors lassen sich die Maßnahmen auf lange Sicht planen. Der gemeinwirtschaftliche Sektor könnte

zu einem Kristallisationspunkt der Wirtschaftskoordination werden.

Da internationale Koordinierung und Integration nur auf Grund einer Politik wirtschaftlicher Korrdination in den einzelnen Ländern möglich ist, ist die Gemeinwirtschaft indirekt auch wichtigstes Instrument internationaler Integration. Übrigens könnte der gemeinwirtschaftliche Sektor aber auch unmittelbar stärker als bisher zur internationalen Zusammenarbeit beitragen. Es ist bekannt, daß dem Genossenschaftswesen in hervorragendem Maße Kräfte internationaler Verbindung innewohnen. Solche Beziehungen bestehen auch zwischen vielen Städten der Welt und damit auch in manchen Belangen zwischen ihren Kommunalwirtschaften. Ansätze einer internationalen Zusammenarbeit der gemeinwirtschaftlichen Sektoren als Einheit innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften sind durch die Internationale Forschungs- und Informationsstelle für Gemeinwirtschaft in Genf gegeben.

So zeigt sich der gemeinwirtschaftliche Sektor als dreifache Einheit, als evolutionäre Einheit, als funktionale Einheit und als instrumentale Einheit. In Österreich ist der gemeinwirtschaftliche Sektor weitgehend zu einer evolutionären und funktionalen Einheit entwickelt. Auch Ansätze zu einer instrumentalen Einheit liegen vor.

Mit dieser Enquete soll die weit entwickelte evolutionäre und funktionale Einheit der Gemeinwirtschaft in Österreich auch zu einer Instrumentalen und organisatorischen Einheit werden.

Professor Weixler scheidet aus dem Lehrberuf  
=====

19. Februar (Rath.Korr.) Der Lehrer an der Modeschule der Stadt Wien, Prof. Ing. Viktor Weixler, der im 68. Lebensjahr steht, schied mit Ende Jänner nach 30jähriger Lehrtätigkeit aus dem aktiven Lehrberuf. Aus diesem Anlaß fand in der Modeschule eine kleine Feier statt, bei der Stadtrat Mandl in herzlichen Worten die Verdienste Prof. Weixlers als modischer Erzieher würdigte und ihm für seine mit Hingabe und Aufopferung erfüllte Tätigkeit besonders dankte. Der Lehrkörper und die Schülerinnen nahmen von dem Lehrer, der sich stets der größten Wertschätzung erfreute, in bewegten Worten Abschied.

Stadt Wien erhöht Stipendien für Kunsthochschüler  
=====

19. Februar (Rath.Korr.) Die Stadt Wien fördert bekanntlich nicht nur das wissenschaftliche Studium, sondern unterstützt auch Studierende an Kunsthochschulen (Akademie der bildenden Künste, Akademie für angewandte Kunst und Akademie für Musik und darstellende Kunst) durch Stipendien.

Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Volksbildung hat nun in Anbetracht der im Vorjahr eingetretenen Steigerung der Lebenshaltungskosten und vor allem angesichts der Tatsache, daß gerade das Studium an Kunstschulen durch die zwangsläufig bedingte Anschaffung von Lernmaterial wie Farben, Pinsel, Ton, Gips usw. bedeutende Ausgaben erfordert, die Stipendien ab 1. Jänner in Angleichung an die Stipendien für Hörer an wissenschaftlichen Hochschulen um rund 25 Prozent auf 1200 bzw. 1560 S erhöht.

25. Todestag von Albert Figdor  
=====

19. Februar (Rath.Korr.) Am 22. Februar sind 25 Jahre vergangen, seit der bedeutendste österreichische Kunstsammler des 19. Jahrhunderts und Förderer der kulturgeschichtlichen Forschung Dr. Albert Figdor gestorben ist.

Auf der nicht unbeträchtlichen Bilder- und Kupferstichsam-

lung seines Vaters aufbauend, übte er seine Sammeltätigkeit mit höchster Sachkenntnis und einem untrüglichen Gefühl für wahre Werte aus. Seine Wohnung in der Löwelstraße enthielt alles, was seinem bewundernswürdigen Kunstverständnis wertvoll erschien, vom großen Kunstwerk bis zum kleinsten handwerklichen oder kunstgewerblichen Gegenstand, eine Überfülle zum Teil weltberühmter Kostbarkeiten. Leider war Österreich nicht in stande, die einzigartige Sammlung, deren Reichtum durch den 1930 erschienenen fünfbändigen Katalog veranschaulicht wird, nach dem Tode ihres Besitzers zur Gänze zu erwerben, und diese mußte in Berlin und Wien versteigert werden. Immerhin konnte ein kleiner Teil des Vorhandenen der Vaterstadt des Sammlers erhalten bleiben und ist heute auf verschiedene Museen des Bundes aufgeteilt. Auch das Museum der Stadt Wien bewahrt einen freilich stark reduzierten Bestand wertvollster Viennensia aus dem Besitz Albert Figdors.

Senatsrat Dr. Ing. Tillmann - 60 Jahre  
=====

19. Februar (Rath.Korr.) Senatsrat Dr. Ing. Rudolf Tillmann, der Leiter der Gruppe Tiefbau in der Wiener Stadtbaudirektion begeht heute seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlaß fanden sich zahlreiche Gratulanten im Arbeitszimmer des Jubilars ein, um ihm ihre Glückwünsche auszusprechen. Im Rahmen einer kleinen Feier, an der auch Stadtrat Dr. Robotschek und Stadtrat Thaller teilnahmen, würdigte Baudirektor Dipl. Ing. Gundaacker das Lebenswerk von Senatsrat Dr. Ing. Tillmann.

Senatsrat Dr. Ing. Tillmann trat im Jahre 1920 in den Dienst der Stadt Wien und war zunächst bei den Wasserwerken beschäftigt. Seine weitere Laufbahn führte ihn durch die verschiedenen Abteilungen des Bauamtes; seit Mai 1945 ist er Gruppenleiter für Tiefbau in der Baudirektion. Das Wirken von Senatsrat Dr. Ing. Tillmann wurde auch außerhalb der Gemeinde Wien anerkannt. Er ist in Fachkreisen als Spezialist für Betonbau bekannt. Seit Jahren bekleidet er die Stelle des Präsidenten des Österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines. 1945 wurde Senatsrat Dr. Ing. Tillmann auch als Honorarprofessor an die Wiener Technische Hochschule berufen.

## 500.000 Badegäste im Jänner

=====

19. Februar (Rath.Korr.) Wenn es wahr ist, daß der Seifenverbrauch über den Stand der Kultur eines Volkes mit entscheidet, dann können die Wiener stolz sein. Allein in den öffentlichen Badeanstalten wurden im Jänner 1952 rund 500.000 Badegäste gezählt.

An der Spitze dieser Badeanstalten steht das Amalienbad mit 48.641 Besuchern. Ihm folgt das zweite Großbad Wiens, das Jörgerbad, mit 47.500 Besuchern. In beiden Anlagen weisen die Schwimmhallen den höchsten Besucherstand auf. Im Amalienbad waren es rund 20.000 und im Jörgerbad mehr als 24.000 schwimmende Badegäste, die im Jänner gezählt wurden. Von den Brausebädern marschiert das Thaliabad weitaus an der Spitze. Es wies im Jänner mehr als 32.000 Besucher auf. Interessant in diesem Zusammenhang ist das stetige Ansteigen der Badelustigen; während z.B. im Amalienbad der Besuch des Brausebades im Jänner 1950 rund 12.000 betrug, wurden im gleichen Monat **dieses Jahres** mehr als 18.000 Badegäste gezählt. Im Thaliabad ist der Anstieg noch weit deutlicher. Die Zahl der Brausebadbesucher betrug im Jänner 1950 rund 22.000 und stieg im gleichen Monat des Jahres 1952 auf mehr als 32.000 an. Insgesamt hatten die Wiener öffentlichen Badeanstalten im Jänner 494.000 Badegäste zu verzeichnen, während es im Jänner 1950 nur 406.000 waren. Das bedeutet einen Anstieg von nahezu 90.000 Personen.

Diese interessanten Zahlen zeigen ganz deutlich, wie groß das Badebedürfnis der Wiener ist und sie zeigen vor allem die Schwächen einer vergangenen Bauepoche, während der in fast keinem der Wiener Häuser ein Badezimmer errichtet wurde.

Daß aber die Zahl der Badelustigen trotz des Sinkens der Bevölkerungszahl und trotz der Tatsache, daß in den modernen Gemeinwohnungen Badeeinrichtungen vorgesehen sind, stetig ansteigt, ist nicht zuletzt auf die sozial außerordentlich anerkennenswerte Politik der Gemeindeverwaltung zurückzuführen. Obgleich die Kohlenpreise seit 1950 sehr gestiegen sind und trotz der verschiedenen Lohn- und Preisabkommen ist der Preis für die Benützung eines Rei-

Reinigungsbad in den Wiener städtischen Bädern auf Wunsch des städtischen Finanzreferenten, Stadtrat Resch, und des Baureferenten, Stadtrat Thaller, zu dessen Amtsbereich die Bäder gehören, <sup>so</sup>niedrig wie möglich gehalten worden. Jeder Wiener soll, das ist die Ansicht der verantwortlichen Stellen, die Möglichkeit haben, ohne besonderen Kosten ein Reinigungsbad aufsuchen zu können.

Schweinehauptmarkt vom 19. Februar

=====

19. Februar (Rath.Korr.) Gesamtauftrieb: 2617 inländische Fleischschweine. Verkauft wurde alles. Kontumazanlage: 1108 inländische Fleischschweine.

Bei lebhafter Nachfrage wurden sämtliche aufgetriebenen Tiere zum Preis von 14 S verkauft.